

# Wartburg-Erklärung

## 2024

### 1. Einleitung

Wir, die Teilnehmer:innen des zweiten Studierendenforums zur Zukunft der Demokratie 2024, sind eine vielfältige und junge Gruppe, vereint durch unsere gemeinsamen Sorgen um die Zukunft der europäischen und globalen Demokratien sowie durch unsere Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Mit Perspektiven aus neun verschiedenen Ländern und drei verschiedenen Kontinenten, haben wir uns im Oktober 2024 in Eisenach getroffen, um über den aktuellen Stand und die Zukunftsaussichten unserer Demokratien zu diskutieren. Der Fokus lag in diesem Jahr auf dem Thema Polarisierung und ihre Herausforderung für die Demokratie.

Seit dem vergangenen Forum 2023 sind wir in einem Studierendennetzwerk zur Zukunft der Demokratie (SNFD) organisiert. In Abstimmung mit der Gesellschaft zur Erforschung der Demokratie-Geschichte (GEDG), die das Projekt verantwortet, sind wir in die Planung des einwöchigen Forums involviert, welches jährlich im Oktober in Eisenach stattfindet.

Während unserer Diskussionen wurde deutlich, dass die Grundlagen der Demokratien in vielen Ländern von Akteuren bedroht werden, die die Legitimität und Wirksamkeit der Demokratie infrage stellen. Wir sind der Ansicht, dass Demokratien geschützt werden sollten, da dieses System darauf abzielt, politische Rechte und Freiheiten jedem:r Einwohner:in eines Landes zu garantieren, unabhängig von Religion, Geschlecht, Nationalität, Alter und anderen Merkmalen. Darüber hinaus ist es ein anpassungsfähiges System, das durch Teilnahme und Zusammenarbeit ständig verbessert werden kann. Darin sehen wir die Lösung vieler Herausforderungen, vor denen unsere Heimatländer stehen. Wir glauben fest daran, dass wir als Studierende zu diesem Verbesserungsprozess beitragen können, indem wir kleine, aber bewusste und konsequente Schritte unternehmen.

Wir haben diese Erklärung verfasst, um sowohl unsere Sorgen als auch einen Aktionsplan basierend auf unserem Bild von der idealen Demokratie festzuhalten. Sie soll als Orientierung für das Studierendennetzwerk zur Zukunft der Demokratie (SNFD) dienen, um unsere Ideen an jede unserer Universitäten, in unsere Länder und in die sozialen Netzwerke zu tragen.

## 2. Polarisierung

Polarisierung bezeichnet die zunehmende soziale Fragmentierung und ideologische Spaltung innerhalb von Gesellschaften, die zu politischem Extremismus führen kann. In milderer Form kann sie auch dazu führen, dass bestehende soziale Verbindungen gekappt werden und das Misstrauen gegenüber anderen Menschen und gesellschaftlichen Institutionen wächst. Sie ist weniger ein Zustand als vielmehr ein Prozess, der sich über die Zeit entwickelt. Polarisierung hat in der Geschichte der Menschheit existiert, von frühen Stammeskriegen und der Bildung von Nationalstaaten bis hin zu modernen Unternehmens- oder Staatspropagandamaschinen und hitzigen Debatten in sozialen Medien.

### 2.1 Formen und Auswirkungen von Polarisierung

Polarisierung kann verschiedene Formen annehmen: „Substantielle Polarisierung“ bezeichnet tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten, bei denen die gegensätzlichen Seiten scheinbar keinen gemeinsamen Nenner mehr finden können. „Affektive Polarisierung“ bezieht sich darauf, wie Menschen gegenüber jenen fühlen, die stark unterschiedliche Meinungen haben. Der Begriff der Polarisierung selbst bleibt umstritten, da er nicht von vornherein negativ ist: So können Meinungsverschiedenheiten Menschen aus der Apathie heraus motivieren oder die Vielfalt von Positionen fördern. Radikale Ideen oder kontroverse Auseinandersetzungen können zu differenzierteren oder kreativeren Lösungen für soziale Probleme führen, die sonst unbeachtet bleiben würden. Allerdings können extreme Meinungsunterschiede auch tiefe gesellschaftliche Spaltungen verursachen – mit ernsthaften Konsequenzen: Kriege und Verbrechen gegen die Menschlichkeit werden oft durch vorausgegangene Polarisierung erklärt.

### 2.2 Aktuelle polarisierende Themen

Bestimmte Themen wie die Kriege in der Ukraine und in Gaza, Migration, COVID-19, LGBTQ+-Rechte, der Klimawandel und Geschlechtergerechtigkeit wurden während des Forums 2024 als derzeit polarisierende Themen hervorgehoben. Polarisierung in Bezug auf ein spezifisches Thema kann oft mit demografischen Faktoren wie Generationenunterschieden, politischen Zugehörigkeiten, Geschlecht, Ethnizität, Bildung, Einkommen und Religion korrelieren. Die Mechanismen, durch die demografische Faktoren Polarisierung beeinflussen, sind komplex und nicht allein bestimmend: Polarisierung hat stets auch politische Untertöne.

Bemerkenswert war, dass trotz unserer verschiedenen Staatszugehörigkeiten keine wesentlichen Meinungsverschiedenheiten aufkamen: Wir lehnten kollektiv Korruption und Autoritarismus ab und setzten uns für Meinungsfreiheit, vertrauenswürdige Institutionen und Menschenrechte ein. Dies war überraschend, da wir mit hitzigen Debatten über aktuelle Ereignisse gerechnet hatten – doch wir vereinten uns in dem gemeinsamen Wunsch, unsere demokratischen Rechte zu bewahren.

## 2.3 Die Rolle der Medien

Medien (ob staatlich, unternehmerisch oder sozial) haben eine Schlüsselrolle hinsichtlich der Verstärkung oder Abschwächung von Polarisierung. So können vertrauenswürdige Medien dabei helfen, Gräben zu überbrücken, während voreingenommene oder manipulierte Medien diese oft vertiefen. Die unterschiedliche Zugänglichkeit und Glaubwürdigkeit von Medien in verschiedenen Ländern trägt dazu bei, dass die Diskussionen über zentrale Themen unterschiedlich stark polarisiert sind. Im Rahmen des Forums 2024 diskutierten wir diese Dynamiken und beobachteten, wie staatliche Behörden soziale Medien zu bestimmten Themen zensieren und autoritäre Regierungen über staatlich kontrollierte Medien ihre Propaganda verbreiten.

## 2.4 Begriffliche Grenzen von Polarisierung

Polarisierung ist eng verbunden mit Begriffen wie „Extremismus“, „Pluralismus“, „Kipp-Punkten“ und „Leidenschaft“. Während Extremismus aus polarisierten Meinungen hervorgehen kann, hat Pluralismus – das friedliche Nebeneinander verschiedener Standpunkte – das Potential demokratische Entscheidungsfindung zu bereichern. Beispielsweise können demokratische Institutionen die vielfältige und leidenschaftliche Diskussion fördern und so eine breitere Palette von Anliegen und Ideen in die Regierung einbringen. Während Leidenschaft entscheidend ist, um politisches Engagement zu motivieren, kann sie auch Extremismus befeuern. Leidenschaft kann einen Kipp-Punkt erreichen, bei dem einfache Meinungsverschiedenheiten unversöhnlich werden, offene Diskussionen ersticken und Entscheidungen uninformiert bleiben. Die Grenzen zwischen leidenschaftlicher demokratischer Diskussion und Extremismus sind oft unscharf, was es schwierig macht, Polarisierung strikt negativ zu definieren.

## 3. Beispiele aus verschiedenen Ländern

Da wir aus unterschiedlichen Ländern kommen, unterscheiden sich unsere Erfahrungen und Beobachtungen von Demokratie und Polarisierung erheblich. Jedes System in jedem Land steht vor einer anderen Reihe von Herausforderungen, die wir im Folgenden veranschaulichen wollen.

### 3.1 Bosnien und Herzegowina

Korruption ist in Bosnien und Herzegowina weit verbreitet, darunter Bestechung, Veruntreuung und Machtmissbrauch, insbesondere bei ethnonationalistischen Parteien. Diese Probleme werden durch schwache Antikorruptionssysteme, mangelnde Strafverfolgung und ineffektive Gerichte verschärft, was das Vertrauen der Öffentlichkeit untergräbt, die Wahlen beeinflusst und den Fortschritt auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft blockiert. Trotz einiger Bemühungen der EU hat sich wenig verbessert, und Expert:innen empfehlen stärkere Gesetze und mehr Transparenz. Das Land ist auch entlang ethnischer Linien gespalten, wobei politische Führer diese Spannungen zu ihrem eigenen Vorteil schüren. Dies hat zu einer dysfunktionalen Regierung und der Verlangsamung insbesondere von solchen Reformen geführt, die auf die Beendigung von Diskriminierung abzielen.

### 3.2 Brasilien

Die brasilianische Demokratie steht vor mehreren Herausforderungen, die das Vertrauen der Öffentlichkeit in Institutionen untergraben können: darunter politische Korruption, wirtschaftliche Ungleichheit und soziale Unruhen. Besonders umstritten sind Themen wie die Wirtschaftspolitik, soziale Rechte und Umweltfragen, insbesondere in Bezug auf den Amazonas-Regenwald. Diese Spaltung erschwert es, Konsens zu erzielen und effektive Regierungsführung umzusetzen. Diese Themen prägen die politischen Diskussionen und beeinflussen das bürgerschaftliche Engagement in Brasilien.

### 3.3 Finnland

Das Mehrparteiensystem und die Koalitionsregierung zwingen die Finn:innen, politischen Konsens zu finden. Natürlich gibt es Trennlinien, insbesondere bei wertorientierten, aber auch bei wirtschaftlichen Fragen. Die liberale „Linke“ und die konservative „Rechte“ scheinen am stärksten gespalten. Heute sind immer

mehr Menschen auch in Bezug auf internationale Themen polarisiert: So spaltete beispielsweise der Israel-Palästina-Konflikt das Land in diesem Jahr.

Bemerkenswerterweise sind die größten finnischen Parteien insgesamt noch relativ gemäßigt. Zwar ist die Diskussionskultur in den sozialen Medien nicht frei von Polarisierung, doch die staatlichen Medien bleiben vertrauenswürdig. Obwohl die Diskussionskultur auch in Finnland härter geworden ist, gibt die allgemeine Tendenz des Landes zur Mäßigung Hoffnung, Polarisierung in Schranken zu halten und die bestehenden Unterschiede in eine gesunde politische Diskussion zu überführen.

### 3.4 Gambia

Gambia befindet sich derzeit in einer instabilen Demokratie. Im Vergleich zur Lage vor zehn Jahren, als das Land noch unter einer Militärdiktatur stand, hat sich die Situation erheblich verbessert. Dennoch ist das Land weit entfernt von jener Zeit, als Gambia zu den führenden demokratischen Ländern Afrikas gehörte. Heute haben wir einen zivilen, demokratisch gewählten Präsidenten, doch einige der problematischen Gesetze und Strukturen, die die Diktatur ermöglichten, sind immer noch in Kraft.

Was die Polarisierung betrifft, wird dies zunehmend zu einem Problem. Unsere Gesellschaft ist immer mehr entlang religiöser und ethnischer Linien polarisiert. Der Ausblick auf die zukünftige Lage ist nicht besonders vielversprechend.

### 3.5 Germany

In Deutschland steht die Demokratie vor einer Reihe von Herausforderungen, darunter zunehmende politische Polarisierung und ein Verlust des Vertrauens in demokratische Institutionen. Dies zeigt sich unter anderem im Aufstieg populistischer Bewegungen, die das Potenzial haben, soziale und politische Spaltungen zu verstärken. Gleichzeitig führen Debatten über Migration, wirtschaftliche Ungleichheit und Klimapolitik zu Spannungen in der Gesellschaft. Die Medien, insbesondere soziale Netzwerke, beeinflussen diese Entwicklung, indem sie Populist:innen ermöglichen, bestimmte Themen künstlich zu befeuern.

### 3.6 Slowakei

Leider ist die Slowakei seit den Wahlen im vergangenen Jahr eines der polarisiertesten Länder Europas. Das Land ist auf allen gesellschaftlichen Ebenen gespalten, sowohl auf nationaler Ebene als auch auf der Ebene der Individuen. Das Spektrum umfasst pro-westliche, liberale Zukunftsperspektiven, die von der

Europäischen Union unterstützt werden, sowie linken Bewegungen, die die Idee einer Partnerschaft mit Russland wieder aufgreifen wollen.

### 3.7 Schweiz

Der Anstieg der affektiven Polarisierung in Bezug auf kulturelle Gegensätze prägt den parteipolitischen Konflikt und die Wählerideologien. Die beiden stärksten Parteien in der Schweiz, die Schweizerische Volkspartei (konservativ/rechts) und die Sozialdemokraten (liberal/links), befinden sich auf den entgegengesetzten Seiten des politischen Spektrums. Zudem führen eine sinkende sozioökonomische Mobilität sowie unterschiedliche Bildungsmöglichkeiten aufgrund des föderalistischen Systems zu wachsender sozialer Ungleichheit. Dies könnte erklären, warum sich bestimmte soziale Gruppen zu den größten Parteien auf beiden Seiten hin orientieren. Da jedoch alle Parteien des politischen Spektrums im Parlament und in der Regierung vertreten sind, auch wenn in unterschiedlicher Größe, wird die affektive Polarisierung bis zu einem gewissen Grad bekämpft.

### 3.8 Türkei

Die Demokratie in der Türkei steht vor erheblichen Herausforderungen, darunter die Erosion der Rechtsstaatlichkeit, bei der die Unabhängigkeit der Justiz beeinträchtigt wird, und die Zensur der Medien, die die Meinungsfreiheit einschränkt. Eine tiefe politische Polarisierung zwischen säkularen und religiösen Gruppen sowie zwischen der türkischen und kurdischen Gemeinschaft verschärft die Spannungen in der Gesellschaft. Bedenken über die Fairness der Wahlen und wachsende autoritäre Tendenzen, bei denen die Macht zunehmend in der Exekutive konzentriert wird, untergraben das Vertrauen in demokratische Prozesse. Diese Probleme schwächen die demokratischen Institutionen und die Regierungsführung in der Türkei.

Weitere Herausforderungen umfassen die Aufhebung der Istanbul-Konvention und die Entlassung gewählter kurdischer Bürgermeister, was Bedenken hinsichtlich der Unabhängigkeit der Justiz und der politischen Repräsentation aufwirft. Die Inhaftierung von Persönlichkeiten wie Selahattin Demirtaş und Osman Kavala ungeachtet der Gerichtsurteile verdeutlicht die Sorgen über Menschenrechte und die Einhaltung demokratischer Normen.

### 3.9 Ukraine

Die größte Herausforderung für die ukrainische Demokratie ist der Krieg, der nun schon seit über zehn Jahren andauert. Ein weiteres großes Problem ist die Korruption, die die Ukrainer:innen noch immer betrifft. Zudem wurde die

Intelligenzija – jene gebildeten Ukrainer:innen, die erheblich zum Wohlstand des Landes beigetragen haben – im Zuge von Russlands Angriff getötet.

Die Polarisierung in der Ukraine konzentriert sich auf vier Hauptthemen: die Sprachfrage (ob es eine oder zwei staatliche Sprachen geben soll), die territoriale Frage (ob die besetzten Gebiete verteidigt oder aufgegeben werden sollen), religiöse Unterschiede (zwischen Christ:innen und zwischen Christ:innen und Muslim:innen) und die Wahl zwischen der NATO oder der Bildung eines neuen Bündnisses mit internationalen Partnern. Außerdem gibt es eine anhaltende Debatte über die Rolle der Frauen in der Politik.

## 4. Unsere utopische Demokratie

Angesichts unserer unterschiedlichen Herkunftsländer hat jede:r von uns eine eigene Vorstellung von der idealen Demokratie. Dennoch haben wir durch den Austausch von Erfahrungen und Ideen eine gemeinsame Vision von einer erreichbaren utopischen Demokratie entwickelt. Aus unserer Sicht sollten in einer idealen Demokratie folgende Punkte erfüllt sein:

### 4.1 Korruption bekämpfen, politische Transparenz stärken

Korruption sollte beseitigt und politische Transparenz als Bedingung von Verantwortung und Fairness gewährleistet werden. Führungspersonen sollten keine ethnischen oder religiösen Spaltungen ausnutzen, sondern Einheit und Vertrauen in die Regierung fördern. Freie und faire Wahlen sowie eine unabhängige Justiz sollten Gerechtigkeit garantieren und das öffentliche Vertrauen in das politische System wahren.

### 4.2 Soziale Inklusion

Soziale Unterschiede wie ethnische, religiöse, geschlechtliche und regionale Unterschiede sollten politisch berücksichtigt werden, um soziale Inklusion zu fördern. Diese Unterschiede sollten niemals für politische Zwecke ausgenutzt werden; vielmehr sollten interne oder unsichtbare Grenzen beseitigt werden, um Gemeinschaft zu fördern. Es ist eine Kultur des Respekts und der Gleichberechtigung aller Gruppen notwendig, um Spannungen zu vermeiden und sicherzustellen, dass alle einen Platz in der Gesellschaft haben.

## 4.3 Meinungsfreiheit und Medien

In einer idealen Gesellschaft sollten Meinungsfreiheit und eine respektvolle Diskursführung Hand in Hand gehen, sodass Bürger ihre politischen Meinungen ohne Angst vor Bestrafung oder Manipulation äußern können. Politische Dialoge sollten offen, ehrlich und transparent sein, wobei in allen Diskussionen – auch in sozialen Medien – Höflichkeit den Ton bestimmen sollte, sodass unterschiedliche Meinungen ohne Feindseligkeit geteilt werden können. Die Medien sollten frei, unabhängig und faktenbasiert sein, um eine wahrheitsgemäße Berichterstattung zu gewährleisten, während eine Kultur des Respekts und des konstruktiven Dialogs die demokratische Beteiligung stärkt und zu durchdachten Beteiligungen anregt.

## 4.4 Politische Stabilität und internationale Kooperation

Politische Stabilität beruht sowohl auf der Souveränität des Landes als auch auf starken internationalen Partnerschaften, einschließlich Handelsabkommen für grundlegende Exporte. Die Autonomie des Staates sollte nicht durch externe Kräfte untergraben werden, um den Bürger:innen eine sichere Umgebung zu bieten, in der sie sich entfalten können. Durch die Förderung kooperativer Beziehungen mit anderen Staaten können Gesellschaften ihre Resilienz stärken und eine stabile politische Landschaft schaffen, die Frieden und Zusammenarbeit fördert. Das Gleichgewicht zwischen innenpolitischen Anliegen und internationalen Allianzen sowie wirtschaftlichen Bindungen stärkt den Staat und befähigt die Bürger:innen, aktiv ihre Zukunft zu gestalten.

## 4.5 Demokratische Teilhabe

Demokratische Teilhabe wird durch Technologien und soziale Medien gestärkt, sodass insbesondere der Jugend eine wichtige Rolle hinsichtlich dem Antrieb zu Veränderungen zukommt. Menschen sollten nicht nur während der Wahlen, sondern jederzeit politisch aktiv sein, um eine starke Zivilgesellschaft zu schaffen, die sich durch Dialog und Beteiligung auszeichnet. Durch die Unterstützung kontinuierlicher Teilnahme (wie aktive Diskussionen, Bürger:innenversammlungen und zivilgesellschaftliche Vereine) sowie die Nutzung moderner Kommunikationstools können Gemeinschaften ein inklusives politisches Umfeld schaffen, in welchem jede Stimme gehört und geschätzt wird, und so gesellschaftlichen Fortschritt und konkrete Verbesserungen ermöglichen.

## 4.6 Menschenrechte

Die Menschenrechte sollten für alle gleichermaßen gelten, um sicherzustellen, dass alle Zugang zu Bildung haben – auch Geflüchtete. Es ist wichtig, die Rechte

aller ethnischen und religiösen Gruppen zu schützen und Gleichberechtigung und Repräsentation in allen Bereichen des Lebens zu fördern. Durch die Schaffung eines Umfelds, das Vielfalt und Inklusion schätzt, können Gemeinschaften Individuen befähigen, sich zu entfalten und eine Gesellschaft zu fördern, in der die Rechte aller respektiert und gewahrt werden.

## 4.7 Humanitäre Hilfe und Unterstützungssysteme

Es ist ein umfängliches Engagement und unmittelbare Hilfeleistung für bedürftige Menschen von Nöten, einschließlich dem Zugang zu psychologischer Unterstützung und besseren Lebensbedingungen. Soziale Unterstützungssysteme sollten Wohlfahrtszahlungen für gefährdete Gruppen wie ältere Menschen, Gesundheitsbedürftige, Arbeitslose und Geflüchtete gewährleisten und gleichzeitig egalitären Zugang zu Bildung und sozialen Dienstleistungen für alle bieten. Durch die Priorisierung des Wohlergehens aller Mitglieder der Gemeinschaft sollten Grundbedingungen geschaffen werden, um Einzelpersonen zu stärken und Zugehörigkeit und Sicherheit für alle zu fördern.

# 5. Was Studierende tun können

Im Streben nach einer utopischen Demokratie können wir kleine, aber konsequente Schritte unternehmen, um für die Ideale einzutreten, an die wir glauben. Hier sind einige Schritte, die uns möglich erscheinen, unterteilt nach den zentralen Aspekten unserer Vision:

## 5.1 Korruption bekämpfen, politische Transparenz stärken

Durch die Einbeziehung von Studierenden als Wahlbeobachter:innen können wir mehr darüber erfahren, wie Wahlen in unseren Heimatländern ablaufen und Teil jener Instanz sein, die faire und transparente Wahlen und Abstimmungen sicherstellt. Sich mit der Bedeutung von Transparenz auseinanderzusetzen, kann außerdem helfen, das Bewusstsein in unseren Gemeinschaften zu schärfen.

## 5.2 Soziale Inklusion

Die Förderung einer respektvollen Diskurskultur ist entscheidend für soziale Inklusion. Durch eine achtsame Handhabung mit sozialen Medien, können wir zu einem höflichen und respektvollen Umgang im digitalen Raum beitragen. Zudem können Studierende in Ländern ohne Zensur ihre Kommiliton:innen in stärker

eingeschränkten Umfeldern unterstützen, indem sie Nachrichten und Informationen teilen. Treffen zu aktuellen Ereignissen mit Freund:innen und Familie zu organisieren sowie Diskussionsclubs an Universitäten zu gründen, wird weiterhin eine inklusive Atmosphäre fördern, in der unterschiedliche Meinungen wertgeschätzt werden.

### 5.3 Meinungsfreiheit und Medien

Um für Meinungsfreiheit einzutreten, können wir politische Bildungsinitiativen starten oder an ihnen teilnehmen. Beispielsweise könnten wir Modellwahlen organisieren oder politische Debatten an Schulen anregen. Dies kann junge Menschen dazu befähigen, demokratische Prozesse zu verstehen und sich aktiv zu beteiligen. Wir können außerdem bei solchen Universitätszeitungen mitwirken, die Elemente der politischen Bildung enthalten, und so eine Kultur des informierten Diskurses fördern.

### 5.4 Demokratische Teilhabe

Wir können innerhalb unseres studentischen Netzwerkes (SNFD) über lokale Wahlen und Abstimmungen informieren, um uns untereinander zu demokratischer Teilhabe anzuregen. Dies wird uns auch dazu anhalten, daran teilzunehmen – das Netzwerk kann daher als Plattform für Dialog und bürgerschaftliches Engagement dienen. Mit der Nutzung von Technologien und sozialen Medien haben wir die Möglichkeit, unsere wachsende Instagram-Community über politische Ereignisse und Teilnahmemöglichkeiten zu informieren und so dazu beitragen, dass jede Stimme gehört wird. Ein weiterer möglicher Schritt wäre, sich mit Gleichgesinnten zusammenzutun, um eine Initiative zu gründen – falls das in den jeweiligen Ländern möglich ist. Dies könnte von einer Interessensgruppe bis hin zur Zusammenarbeit mit einer politischen Partei reichen. Egal welcher Weg gewählt wird: sich mit Menschen zu vernetzen, die die gleichen Ziele und Werte teilen, und die verfügbaren demokratischen Instrumente zu nutzen, um Veränderung zu erreichen, kann Frustration in etwas Positives und Sinnvolles umwandeln und uns Studierenden ein Gefühl der Macht zurückgeben.

### 5.5 Menschenrechte

Um die Menschenrechte zu wahren, ist es entscheidend, dass wir nicht über Ungerechtigkeit hinwegsehen, sondern sie in unserem jeweiligen Radius lautstark benennen. Soziale Medien effektiv zu nutzen, kann unsere Botschaft verstärken und uns mit größeren Bewegungen verbinden. Bei unseren Bemühungen, über Menschenrechtsverletzungen zu berichten, müssen wir sicherstellen, dass die Rechte verschiedener ethnischer und religiöser Gruppen sowie anderer Minderheiten geschützt werden.

## 5.6 Humanitäre Hilfe und Unterstützungssysteme

Die Etablierung starker sozialer Unterstützungssysteme an unseren Universitäten ist von entscheidender Bedeutung. Wir können Unterstützung im Bereich psychischer Gesundheit anbieten, indem wir offene Gespräche initiieren – sei es für unsere Freund:innen oder für eine größere Gruppe von Menschen. Wir können Lebensmittelspenden, Second-Hand-Märkte oder Spenden für humanitäre Hilfe organisieren. Indem wir die Unterstützung für unsere Kommiliton:innen priorisieren, können wir ein Umfeld schaffen, das Wohlbefinden und ein Gefühl der Zugehörigkeit stärkt.

## 5.7 Ein Hinweis zu Protesten und Demonstrationen

In vielen unserer Heimatländer sind Demonstrationen und Proteste ein Mittel, um die Stimmen der Menschen hörbar zu machen. Wir ermutigen alle, die die Möglichkeit haben, an solchen Veranstaltungen teilzunehmen oder sie zu organisieren, zum Beispiel gegen Korruption, für Transparenz oder um auf Menschenrechtsverletzungen und andere Ungerechtigkeiten aufmerksam zu machen. Dennoch möchten wir den Leser:innen einen Warnhinweis mit auf den Weg geben. Es ist nicht immer sicher, an Protesten teilzunehmen, denn nicht alle Regierungen begrüßen solche Bewegungen. Daher möchten wir dazu ermahnen, auf Sicherheit zu achten, mit Kommiliton:innen (bspw. durch Standortfreigabe) in Kontakt zu bleiben und mit den Strafverfolgungsbehörden zusammenzuarbeiten.

Durch diese Schritte können wir aktiv dazu beitragen, unsere Vision einer utopischen Demokratie zu verwirklichen und eine gerechtere, inklusivere und engagierte Gesellschaft für alle zu schaffen.

# 6. Schluss

Die Wartburg-Erklärung von 2024 verkörpert unsere gemeinsame Vision für eine gerechtere und inklusivere Demokratie. Als junge Menschen mit verschiedenen Hintergründen erkennen wir die Herausforderungen, mit denen Demokratien weltweit konfrontiert sind, und setzen uns dafür ein, umsetzbare Schritte in Richtung positiver Veränderung zu unternehmen. Indem wir uns für Transparenz, soziale Inklusion, Meinungsfreiheit und Menschenrechte einsetzen, können wir eine entscheidende Rolle bei der Gestaltung der demokratischen Landschaften unserer Länder einnehmen. Unser Engagement für kontinuierliche demokratische Teilhabe und internationale Zusammenarbeit spiegelt unseren Glauben wider, dass



eine bessere Zukunft nicht nur möglich, sondern durch unser gemeinsames Handeln erreichbar ist.

Wir fordern alle Studierenden und Bürger:innen auf, sich uns auf dieser Reise anzuschließen und den Dialog, das Verständnis und die Solidarität über Grenzen hinweg zu fördern. Möge diese Erklärung sowohl ein Aufruf zum Handeln als auch eine Grundlage für unsere fortlaufende Arbeit in unserem Studierendennetzwerk zur Zukunft der Demokratie sein. Gemeinsam können wir unserer Utopie einer Demokratie näherkommen und dazu beitragen, dass jede Stimme gehört wird und jeder Mensch die Möglichkeit hat, zu sich frei zu entfalten.